

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 12 (1918)
Heft: 12

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stischer Imperialismus, ja Militarismus vor uns und der Kampf gegen sie wird in mancher Hinsicht schwerer sein, gerade weil wir es mit einer feineren Mischung von Wahrheit und Irrtum und daher mit dämonischeren Mächten zu tun haben. Aber diese Tatsache¹⁾ tut unserer Freude keinen Eintrag. Unser Ideal ist kein kampfloser Friede, im Gegenteil: der Aufstieg zu einer schwereren, aber zugleich höheren Formen des Kampfes — Christus entgegen. Das Kommen des Christus ist ja verbunden mit immer riesigeren und verführerischen Offenbarungen des Antichrist. Unsere Freude ist das „Excelsior — näher, mein Gott, zu dir!“

L. Nagaz.

Rundschau.

Zum Militäraufgebot und Generalstreik. Wir bringen unserem Versprechen gemäß noch einige Äußerungen, die aus religiösen Kreisen zum Militäraufgebot und Generalstreik und was drum und dran hing, erfolgt sind. Sie haben zum Teil der bürgerlichen Presse Anlaß zur Entfaltung ihres ganzen Vorrates von Geist und Adel gegeben!

I. Ein Wort an unsere Gemeinde. Liebe Gemeindegossen! Wir fühlen uns in unserem Gewissen gedrungen, den schweren Augenblick in unserem Volksleben, von dem wir eben herkommen, nicht ohne eine Rundgebung auch von unserer Seite vorüber gehen zu lassen.

Ernste Tage liegen hinter uns. Zum ersten Male seit langem stand wieder Schweizer gegen Schweizer. Das Truppenaufgebot und der darauffolgende Landesstreik hatten Zustände gerufen, die unser Volk bisher nicht gekannt und die jeden seiner Bürger nötigten, so oder so Stellung dazu zu nehmen. Wie als Bürger, so sind wir auch als Christen zu solcher Stellungnahme gezwungen. Wir Pfarrer empfinden es gleicherweise als unsre Pflicht, zu der bestandenen Krise ein evangelisches Zeugnis abzugeben, wie wohl Euch, liebe Gemeindegossen, nach einem orientierenden Worte darüber verlangt. Es ist ja gewiß nicht leicht, das richtige Wort zu finden. Denn es stunden sich nach unserm Dafürhalten nicht nur Gewalt, sondern Ueberzeugung und Recht gegenüber. Wir möchten es unsern Landesvätern nicht zugetraut wissen, daß sie nur zur Wahrung gewisser Interessen oder aus brutalen Unterdrückungsabsichten von ihren Machtbefugnissen Gebrauch gemacht haben. Wir verstehen es, daß die vom Volk zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung bestellte Behörde von ihrer Stelle aus ihres Amtes nicht anders walten konnte als sie es getan hat. Ebenso aber möchten wir unsere Arbeiter gegen die Anklage verwahrt wissen, eine so schwerwiegende Sache wie den Generalstreik aus bloßem Leichtsinne und ohne jeden Grund vom Baune gerissen zu haben. Auch sie haben zweifellos unter dem Druck einer großen inneren Nötigung gehandelt. Mehr als je mochte es in diesen Tagen, da ein niegesehener Völkersturm sogar Fürstenthöne und Königskronen wie dürre Blätter vor sich her jagte, von ihnen heißen: Sie müssen. Sie können nicht anders. So stand tatsächlich Recht gegen Recht. Wo war und ist in diesem Kampfe das größere Recht?

Erinnern wir uns, liebe Gemeindegossen, daß wir zu dieser Frage zunächst nicht als Anhänger der bisherigen oder neuen Ordnungen, als Bürgerliche oder Sozialisten, Arbeiter oder Herren, sondern vor allem als Christen und Christengemeinde Stellung nehmen wollen. Als solche aber bewegt uns in erster Linie ein

¹⁾ Von der die nächste Betrachtung „Zur Lage“ reden soll!

Interesse: wie ist in den gegenwärtigen und kommenden Kämpfen und Wirren die Sache des Evangeliums aufrecht zu erhalten? Daß Jesu Geist unter uns am Leben bleibe, das ist unsre Sorge. Wir fragen deshalb nicht zuerst nach dem, was die oder jene wollen, sondern nach dem, was unser Gott will. Wir sehen nicht so sehr auf das, was man zur Rechten oder zur Linken tut, als auf das, was der in der Höhe mit uns im Sinn hat. Das allein entscheidet über unsere heutige Stellungnahme und gibt uns die rechte Lösung an die Hand. Damit haben wir aber, so verschieden wir stehen mögen, auch schon eine gemeinsame Grundlage. Sollten wir uns auf ihr nicht zusammenfinden können? Wir haben, so getrennt wir marschieren, ein gemeinsames Ziel. Ist es wirklich unmöglich, sich auch über den Weg zu verständigen? Das war ja doch am Streit der hinter uns liegenden Tage das Ergreifendste, daß im Grund beide Teile nach dem Rechten gesucht haben. Aber will einer behaupten, daß er gerade das Richtige getroffen und sich völlig auf der Bahn dessen bewegt habe, was Gott dient und dem Volke frommt? Es bestätigte sich wieder einmal, wie so schwer wir Menschen von uns aus das Wahre finden. Gott muß es uns zeigen! Von ihm ist aber längst gesagt, was gut ist und er von uns fordert. An dem Wort Gottes, das Arbeitern wie Herren, Bürgerlichen wie Sozialdemokraten, Volk wie Behörden lebendig ins Gewissen geschrieben ist, das hell und klar in Jesu Evangelium steht, das bald wie leises Anklopfen, bald wie Donnerhall aus dem Sturm und Drang, Suchen und Sehnen, Bedürfnis und Fördern der Zeit herauströnt: da haben wir die nötige Begleitung. Dies Wort zu verstehen und zu Herzen zu nehmen, das ist die ernste Forderung der Stunde, in die mit aller Welt auch unser Volk nun hineingestellt wird.

Liebe Gemeindegengenossen! Wir spüren alle, daß in dieser großen Zeit wie draußen in der Welt, so drinnen in unserm kleinen Vaterland ein Neues werden will. Als Christen glauben wir, daß dies Neue nicht von ungefähr, sondern von Gott kommt. Und weil Er mit seinem Geist und Gaben dahinter steht, dürfen wir hoffen, daß es sich auch heute nicht bloß um eine Revolution oder Umwälzung, sondern um eine Reformation oder Erneuerung alles Bestehenden handelt. „Siehe, ich mache alles neu“, das scheint uns der verborgene Sinn dieser Zeit zu sein. Gewiß kündigt sich das Neue noch nicht auf dem Gebiet des uns Christen vor allem wichtigen geistig-sittlichen, sondern vorerst nur dem des politisch-wirtschaftlichen Lebens an. Aber will nicht auch dieses Gebiet von Gottes Willen beherrscht und nach Christi Geboten geordnet sein? Ist nicht vielleicht das gerade das Wort Gottes an unsere Zeit, daß mit allem Geistlichen auch alles natürliche, mit allem privaten auch alles öffentliche Leben seinem Recht und Gesetz untertan gemacht werde? Noch immer, wo in der Geschichte ein Neues entstand, hat es sich gezeigt, daß Gott dahinter gestanden, selbst da, wo nur Unverstand und Umsturz zu walten schienen. So bedarf es für uns heute keines Nachweises, daß sowohl der demokratische Frühling, der wie ein Wunder allerorten hervorsproßt, als auch die Bewegung, die aus der tiefsten Tiefe unseres Volkes den höchsten Zielen zustrebt, von Gott geschickt sind. Er hat die Völker geheißt, das Joch von ihrem Halse zu werfen und in freier Selbstbestimmung sich die staatlichen Formen zu geben, die ihrer Art am zuträglichsten sind. Er ist es sicherlich auch, der unsere Arbeiter nach Formen des wirtschaftlichen Verkehrs suchen heißt, bei denen nicht nur einer kleinen Minderheit, sondern der ganzen Volksgemeinschaft Gedeihen, Auskommen, Glück und Wohlfahrt ermöglicht sind. Wir machen uns weder in politischen noch in gewerblich-industriellen Dingen fachmännische Einsicht an. Soweit wir es aber mit dem Evangelium Jesu zu tun haben und von ihm beeinflusst sind, können wir nicht umhin, den Forderungen der Arbeiter, wie sie kürzlich wieder erhoben wurden, ein hohes Maß von christlicher Berechtigung zuzuerkennen. Ja, das Programm dieser sogenannten „Bolschewiki“ oder Maximalisten scheint uns das Minimum dessen zu sein, was wir im Namen Jesu von seinem Evangelium aus schon längst hätten fordern müssen. Wenn endlich dem Brüdergedanken und Brüdergeiste freie Bahn, eine Gasse gemacht werden soll: Brüderlichkeit heißt ja die ganze eine Hälfte des Evangeliums. Wenn es keine Müßiggänger mehr geben, jedermann zur Arbeit genötigt sein soll: es ist die Bibel, die gesagt hat: wer nicht arbeiten will, der soll

auch nicht essen. Wenn die Frauen auch in den politischen Rechten den Männern gleichgestellt werden sollen: unser Herr war der erste, der sich für ihre volle Ebenbürtigkeit einsetzte. Wenn es sich um Verkürzung der Arbeitszeit handelt: es steht geschrieben, der Mensch lebt nicht vom Brot allein, also wohl auch nicht nur von der Arbeit fürs Brot, sondern für Gott und die Seele. Wenn gefordert wird, daß die Starken und Reichen künftig kräftiger für die Schwachen und Armen eintreten sollen: es ist wichtiger christlicher Grundsatz, „daß einer trage des Andern Last.“ Wenn diese Forderung heute nicht im Namen von Kirche und Religion, sondern von der Politik aus, und nicht durch Christen, sondern sogar Nichtchristen geltend gemacht werden: wir Gläubige haben keinen Anlaß, ihnen entgegenzutreten, sondern eher für sie einzustehen. Wenn unser Volk und seine Behörde sich mit einem kühnen Wagnis des Herzens und des Glaubens auf sie gestellt hätte: wir glauben, sie wären damit vom Boden des Rechtes nicht abgewichen.

Es handelt sich in dieser ganzen Sache ja nicht um Personen, weder Regierungsmänner noch Arbeiterführer, deren Vorgehen immerhin zur Kritik Anlaß geben mag. Es geht um Ideen, um den echt christlichen weltbewegenden Gedanken der Bruderschaft, der nach langem Schlafe wieder aufwachen und endlich zur Herrschaft kommen will. Von diesem Gedanken aus müssen wir dem entschlossenen Kampf der Arbeiterschaft um ihre Ziele sein volles Recht wiederfahren lassen. Wir dürfen getrost behaupten, daß hinter einem guten Teil des Neuen, das da mit etwelchem Ungeflüm von unten her in unser Volks- und Staatsleben hineindrängt, mit seiner vollen Wucht und Autorität das Wort Christi steht. Und soweit dies der Fall ist, sollen auch wir Christen uns hinter es stellen. Im Ausblick zu dem lebendigen Gott, der es will, und zum Heil der Brüder, die sein bedürfen, ihm nach dem Maß ihrer Kraft zum Durchbruch zu helfen; das betrachten wir geradezu als Glaubens- und Lebenspflicht einer Gemeinde, die noch heute Gottes Werkzeug auf Erden und Jesu Dienerin sein will.

Wir meinen aber nun allerdings, das Neue müsse nicht nur in seinem Inhalt, sondern auch in der Art und Weise seiner Verwirklichung mit Gottes Ordnung übereinstimmen. Es müsse nicht auf unheiligen Menschen-, sondern heiligen Gotteswegen eingeführt werden. Es müsse nicht nach bisheriger Menschenart „gemacht“, d. h. mit Streit und Zank, Druck und Stoß oder gar Schrecken und Blut erlistet und erzwungen, sondern nach Gottes Weise und Vorbild geschaffen werden. Erinnern wir uns doch, wie Jesus für das Reich seines Vaters gekämpft, wie die ältesten Christen ihre Sache der römischen Gewaltherrschaft gegenüber zur Geltung gebracht haben. Sollte unter den heutigen Christen ähnliches nicht mehr möglich sein? Auch wenn es sich um sogenannte wirtschaftliche Dinge handelt? Es ist ja nur zu begreiflich, wenn die von Christi Geist nicht berührte und disziplinierte Menschennatur nach fruchtloser Anwendung aller sogenannten gesetzlichen Mittel schließlich in ungesetzlichen, in der Gewalt ihr Heil sucht. Wenn sich mit der Staatsmacht auch die Arbeiterschaft auf diesen Weg drängen ließ, so ist freilich nicht sie allein dafür verantwortlich zu machen. Der größere Teil der Schuld liegt nach unserer Meinung bei einer Christenheit, die es veräuht hat, für das gute Recht bedrängter Brüder rechtzeitig so einzutreten, daß die Anwendung von Gewaltmitteln unnötig war. Aber hat uns diese neue Erfahrung nicht aufs neue gezeigt, daß mit dieser Art Politik nichts auszurichten ist? Gewalt ruft nur wieder der Gewalt. Und nie kann aus diesem Widerspiel einander gewaltsam niederringender Kräfte je der erhoffte Friede zwischen den verschiedenen Klassen und Ständen unseres Volkes hervorkommen. Vergessen wir nicht, daß an aller Gewaltübung, auch wo sie der besten Sache dient, Unrecht klebt, eben weil Gott sie nicht will. Erkennen wir mit Wilson: daß jeder Weg, der mit dem Blut von Brüdern beschmutzt ist, zum Chaos, aber nicht zur Verwirklichung unserer Hoffnungen führt. „Wer das Schwert nimmt, der soll durch das Schwert umkommen.“ Ist aber das Mißtrauen unter den Brüdern desselben Volkes wirklich so stark geworden, daß sie nur noch die Sprache der Bajanette und Drohungen, nicht mehr die der Worte miteinander reden können? Wir möchten diese Frage nicht nur nach unten, vor allem auch nach oben gerichtet wissen. Dort wo das Amt ist, muß ja auch der Verstand sein. Und auf alle Fälle sollten

Christen wissen, weß Geistes Kinder sie sind. Dafür besorgt zu sein, daß das Neue, das von Gott kommen will, auch auf göttliche und nicht nur menschliche oder gar teuflische Weise kommen kann, das ist in unsern Augen eine weitere Aufgabe der Gemeinde, die sich nach dessen Namen nennt, der den Sanftmütigen das Erdreich verheißt hat.

Liebe Gemeindegengenossen! Wir wollen alle von Herzen Gott danken, daß auch der neueste Bruderzwist vorläufig ohne Blut und Tränen geschlichtet, Ruhe und Ordnung im Lande wieder hergestellt und die Gefahr fremder Einmischung dadurch abgewendet worden ist. Glaube aber Niemand, mit diesem „Siege der Demokratie“ über den „Bolschewismus“ sei es nun getan. Wir dürfen nach Friedensschluß getrost wieder da weiterfahren, wo wir bei Kriegsbeginn aufgehört haben! Nein, nun zwingt uns Gott selbst unerbittlich in die Arbeit für das Neue hinein. Wenn es rechte Arbeit sein soll, dann muß es Friedensarbeit sein. Der Verständigung, der Versöhnung ruft diese Stunde.

Vom Boden des Evangeliums aus und in der Liebe Christi mit aller Kraft für diese Verständigung sich einzusetzen und auf dem Weg der Versöhnung allen andern voranzugehen, das erachten wir als das schönste Vorrecht einer Gemeinde, die nach des Apostels Wort das Amt hat, das „die Versöhnung predigt“.

Liebe Gemeindegengenossen! Wir gestehen Euch, daß wir in diesen Tagen mit geradezu angstvoller Spannung nach Bern geblickt haben, ob wohl von dort her das erlösende und versöhnende Wort komme. Wir geben, nach dem Entscheide, auch offen der Befürchtung Ausdruck, daß unserm Volke das Schwerste erst bevorsteht, wenn es die Zeichen der Zeit nicht noch ganz anders versteht. Ein altes Prophetenwort sagt: „Wenn deine Gerichte die Erde treffen, dann lernen die Einwohner das rechte Verhalten.“ Möchte dies doch auch an Volk wie Führern unseres Vaterlandes in Erfüllung gehen. Möchten zumal wir Christen an unserm Teil zu dieser unserer Zeit erkennen, was zu unserm Frieden dient. Diesem Ziele wollten die vorstehenden Worte dienen. In diesem Sinne begrüßen Euch, liebe Gemeindegengenossen:

Bonwil und Bruggen, am 19. November 1918.

Hfr. Dieterle. Hfr. Glinz. Vikar Gerwig.

II. Die Unterzeichneten glauben, daß in diesen entscheidenden Stunden besonders auch die Vertreter religiöser Ueberzeugungen verpflichtet seien Stellung zu nehmen und Farbe zu bekennen. In diesem Sinne geben sie folgende Erklärung ab, wissend, daß sie im Namen sehr Vieler reden:

Wir halten nicht bloß aus politischen, sozialen und wissenschaftlichen, sondern vor allem auch aus religiösen Gründen die herrschende Gesellschaftsordnung in ihren Grundlagen für falsch und faul. Sie beruht auf Gewalt, Egoismus und Ausbeutung und muß daher beseitigt werden, um einer dem Geiste Christi besser entsprechenden Platz zu machen. Als solche betrachten wir den rechtverstandenen Sozialismus. Der Glaube an Christus und das kommende Reich Gottes, wie wir ihn verstehen, schließt alle höchsten und radikalsten sozialistischen Verheißungen und Forderungen ein. Unser Platz ist darum an der Seite des aus der Dunkelheit der Not und des Unrechtes, des materiellen und seelischen Druckes zum Licht einer großen Erlösung aufsteigenden Volkes. Wir glauben damit auch der Gesamtheit am besten zu dienen, da die Erlösung des Proletariats eine solche auch für die sein wird, die sich der Vorteile der jetzigen Ordnung erfreuen und in Wirklichkeit unter deren Fluch stehen. Wir fordern darum von allen unsern Mitbürgern, die guten Willens sind, namentlich aber von denjenigen unter ihnen, die sich zu Jesus Christus bekennen, die ungesäumte und großgesinnte Anbahnung einer neuen Ordnung, deren Ziel eine wahre und wirkliche Volksgemeinschaft ist, die in der Wertung der Arbeit und Verteilung des materiellen und geistigen Besitzes, wie in ihren politischen und andern Formen die alten demokratischen und zugleich christlichen Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf neue, gründliche und umfassende Weise verwirklicht. Es ist nicht die Aufgabe dieser kurzen und prinzipiellen Erklärung, ein konkretes Programm für diese notwendige Umgestaltung zu entwerfen. Wir beschränken uns darum an dieser Stelle auf die Bemerkung, daß

wir den Forderungen des Wiener Aktionskomitees zustimmen, aber der Meinung sind, daß sie nur einen allerersten Schritt bedeuten und eine Erweiterung im Sinne einer grundsätzlichen neuen Orientierung des sozialen Lebens nötig machen. Eine rasche Neugestaltung unserer Behörden; die unverzügliche Wiederherstellung und Erweiterung der demokratischen Grundrechte, besonders mit Einführung des Frauenstimmrechtes; sofortige Demobilisierung des Heeres und Einleitung der völligen Abrüstung durch nationale und internationale Aktion; Achtstundentag; die Sicherung eines genügenden Existenzminimums für alle; eine umfassende Bodenreform im Sinne einer Ueberführung von Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit, verbunden mit gründlicher Hilfe besonders für den Kleinbauern; ein freier Zugang für alle zu den besten Gütern der Kultur; die Aufbringung großer Mittel für die Beschaffung der für das Leben notwendigen Dinge, die Hebung der Wohnungsnot, die Förderung von Arbeitsgelegenheit und andern wirtschaftlichen und kulturellen Anliegen der Gemeinschaft, und zu diesem Zwecke eine sehr weitgehende Ausgleicheung des Besitzes in Form von Inanspruchnahme der großen Vermögen, besonders aller arbeitslosen Einkommen — das sind einige Postulate, die bloß die Richtung andeuten, in der nach unserer Meinung die Arbeit einsetzen muß, jener sozialistischen Republik und Demokratie entgegen, die der Sozialismus fordert und die auch dem Geiste Christi angemessener wäre, als die jetzige Ordnung.

Am Aufbau dieser neuen Ordnung mitzuarbeiten mit allem, was wir sind und haben, sind wir selbst bereit und rufen auch alle Volksgenossen dazu auf, die nicht, in selbstischer Engigkeit verhärtet, bloß das Bestehende verteidigen wollen. Auf's schärfste verurteilen wir jene Taktik der Gewalt, die nur zu sehr die einzige politische Weisheit unserer regierenden Kreise geworden ist und fordern statt dessen jenen Geist des Vertrauens, der allein eine wirklich demokratische Gemeinschaft zu tragen vermag. Wir bitten aber auch die Arbeiterschaft, ihre heilige Sache vor aller Verunreinigung, namentlich auch durch den Geist der Gewalt, zu bewahren. Es wird etwas unendlich Großes sein, wenn der Kampf um eine neue Welt, der nun in sein entscheidendes Stadium tritt, nicht nur in seinen späteren Folgen, sondern auch schon in seinem Verlaufe einem Geschlechte, das unter der Herrschaft der Gewalt und Gemeinheit den Glauben an das Gute und Schöne im Menschenwesen verloren hat, ein Zeichen neuen Lebens und Glückes wird.

Zürich, 13. Nov. 1918.

Anna Gander. Hans Kober. Anton Kos. Ludwig Köhler. Karo Köhler.
Jean Matthieu. Luise Matthieu. Heinrich Meili. Christina Nadig. Clara Nagaz.
Leonhard Nagaz. Robert Schneider. Dorothea Staudinger. Lukas Stückelberger.
Paul Trautvetter.

III. Offener Brief an meine Amtsbrüder. Liebe Amtsbrüder!
In bewegter Zeit hole ich unsern alten Gruß hervor und damit das Recht, ein offenes Wort an Euch zu richten.

Auf Euch schaut nun ein Teil unserer Bevölkerung und erwartet von Euch ein Wort zu den Ereignissen des Tages. Heute kann das Viel-Reden der Kirche wieder zum Bedeutsam-Reden werden, wenn Ihr wollt. Wird es das nicht, machet Ihr von Neuem die Verkündigung der frohen Botschaft der Erlösung zu einem Sonntagskleid, das man Euch am Werktag als untauglich vor die Füße wirft. Redet denn in aller Deffentlichkeit!

Oder wollt Ihr schweigen, weil wir der Deffentlichkeit zu den Geschehnissen des Tages nichts zu sagen hätten? Weil die Botschaft des Christus nichts zu tun habe mit den Forderungen der Zeit? Wäre das Eure Meinung — was ich nicht glaube — dann steigt von den Kanzeln herunter, legt Euer Amtskleid ab und taucht unter in der Menge derer, die auch nichts zu sagen haben zum Heute. Nein, Ihr werdet reden, so reden, daß man Euch hört.

Wir haben viel zu sagen, liebe Amtsbrüder. Und das ist meine weitere Bitte an Euch: Laßt uns vor allem unsere Schuld offen bekennen. Sie ist groß. Wir haben einen nicht geringen Anteil an den heutigen Ereignissen. Daß es heute zum offenen Bruch gekommen, daß heute in unserem Volk zwei Parteien einander

gegenüberstehen, beide pochend auf Gewalt, sei es die der Waffen, des Militärs, sei es die der Masse, der Volksleidenschaften, daran sind wir Pfarrer, ist unsere Kirche zu einem großen Teil schuld. Wir haben es fehlen lassen am aufrichtigen Willen, die Not des Volkes anzuerkennen. Wir haben verlangt, daß der einfache Mann, die Frau des Volkes Helden ohne Gleichen sein und diese ihre äußere Not tragen sollten ohne ihre Seele mit Zweifel, Bitterkeit, Zorn zu füllen. Wir haben damit von anderen gefordert, was wir selbst nicht haben leisten müssen. Wir sind mitschuld an allem Zorn und aller Erbitterung, die heute nacht vor uns aufsteht.

Wir sind mitschuld, daß der Glaube an die Gewalt und das Pochen auf Gewaltmittel heute so groß und laut geworden, daß der Weg der Gewalt in Form des Streikes wie der Militäraufgebote beschriften wird und werden muß. Wir haben es unterlassen, dem Gewaltdienst zu kündigen. Wir haben dem Militär unsern Tribut bezahlt in der oder jener Form, und damit die deutlichste Personifikation der Gewalt anerkannt. Wir wußten es, daß unser Militär unter Umständen gegen die eigenen Volksgenossen geschickt werden, daß einst Vätern und Müttern die Waffen in den Händen ihrer eigenen Söhne entgegendrohen sollten. Wir kannten den ganzen rohen Gewaltgeist, den man den militaristischen nennt. Aber uns waren Staat und gegenwärtige Ordnung und alle selbstgeschaffenen Güter wichtiger, wertvoller als die Brüderlichkeit, das Vertrauen auf die Güte der Menschen.

Laßt uns darum auch bekennen, daß wir mitschuld sind, wenn Gewalt der Gewalt entgegengesetzt wird, wenn eine Volksklasse sich ihr Recht, das man ihr mit Gewalt vorenthält, mit Gewalt holen will. Was verlangt sie? Ein Wort genügt, alle ihre Forderungen zusammenzufassen: Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, liebe Amtsbrüder, ist weniger als Güte, weniger als Liebe. Wir haben dieses Höchste verkündigt und haben vergessen, das Erste, das Einfachere zu fordern, Gerechtigkeit. Wer von uns kann im Ernst leugnen, daß die heute erhobenen Forderungen gerecht sind? Gerecht ist eine wirkliche Volksvertretung, gerecht ist die Forderung der Mitarbeit der Frauen, gerecht ist die Verpflichtung zum Arbeiten, die Beförderung des Körper und Geist zermürbenden mechanischen Arbeit, ist die Demokratisierung und Vermenschlichung des Heeres, wenn denn noch eines bleiben muß für die neue Zeit, gerecht und gut ist eine Zusammenarbeit von Konsument und Produzent zur Sicherung einer gleichmäßigen, genügenden Lebensmittelversorgung, ist eine Vorsorge für die Lage des Alters und der Arbeitsunfähigkeit, gerecht ist die Anhandnahme unserer Versorgung durch die Allgemeinheit, d. h. das Monopol für Einfuhr und Ausfuhr auf den verschiedensten Bedarfsartikeln, gerecht ist die Entlastung der Besitzlosen und die Tragung unserer Staatslasten durch diejenigen, die neben ihrer Hände Verdienst sich eines ansehnlichen Besitzes erfreuen. Sie sind gerecht, diese Forderungen, das wird keiner von uns leugnen, liebe Amtsbrüder, die wir für Brüderlichkeit, Gemeinschaftlichkeit, für Liebe Sonntag für Sonntag unsere Stimme erheben. Wie sollten wir zögern, für die Gerechtigkeit einzutreten? Laßt uns bekennen, daß wir es zu wenig tapfer, zu wenig verständnisvoll bisher getan haben, daß wir darum mitschuld sind, wenn heute der Weg der Gewalt zur Verwirklichung der Gerechtigkeit führen soll.

Das ist mein offenes Wort, das ich wage, an Euch, liebe Amtsbrüder, zu richten. Eine letzte Gelegenheit ist uns vielleicht gegeben, die Botschaft von der Gerechtigkeit und von der Liebe vor allem Volk zu verkünden, den einen das Suchen und Fordern des Menschen, einer ganzen Menschenklasse, nach Gerechtigkeit begreiflich zu machen, den andern, die ihre Forderung auf dem Weg der Gewalt durchsetzen wollen, einen schöneren Weg vorzuleben, den Weg der freiwilligen Hilfe; eine letzte Gelegenheit, die Kluft vielleicht an einem Ort wieder wirklich zu schließen und gegenseitiges Verstehen da und dort zu ermöglichen; eine letzte Gelegenheit, die bösen Geister der rohen Gewalt zu bannen und den guten Geist der Verständigung groß werden zu lassen.

Lasset uns diese Gelegenheit ergreifen, lasset uns reden, lasset uns unsere Schuld eingestehen, lasset uns ein Wort einlegen für neue Gerechtigkeit in unserem Volk, für neue Verständigung unter den Klassen unseres Volkes, lasset uns mitarbeiten an der Aufrichtung einer neuen Schweiz. Das bittet Euch Amtsbrüder Guér R. Straub, Pfarrer.

IV. Die Gruppe der «Chrétien sociaux» (die mit den «Chrétien socialistes» nicht zu verwechseln sind) hat folgende Zuschrift an den Bundesrat gerichtet:

Die Gruppe der sozialen Christen in Genf beglückwünscht den Bundesrat dazu, daß er in den Tagen der inneren Krisis, die wir soeben durchlebt haben, die Rechte der Freiheit und der Demokratie kraftvoll verteidigt hat.¹⁾ Sie sind der Meinung gewesen, daß die sozialen Reformen in der Schweiz nur auf verfassungsmäßigem und geregelterm Wege erreicht werden sollen und daß in der ältesten Republik nicht die Sage aufkommen dürfe, die sozialpolitischen Fortschritte werden nur durch Drohungen und Vergewaltigung erreicht.

Aber wir erlauben uns, bei dieser Gelegenheit Ihnen in aller Ergebenheit unser Bedauern darüber auszudrücken, daß Reformen, die für die Lage der Arbeiter von höchster Wichtigkeit sind, durch die Langsamkeit des eidgenössischen parlamentarischen Verfahrens unnatürlich lang hinausgeschoben werden, und das nicht erst seit dem Kriege. Mangelhafte soziale Zustände, die den Keim zum Bürgerkrieg in sich tragen, werden in unserer Wirtschaftsordnung geduldet. Wir, die wir in unserer alten Demokratie das Ideal eines Volkes von Brüdern verwirklichen wollen, beobachten, daß es unter uns Brüder gibt, die sich geringgeschätzt glauben und unterdrückt fühlen.

Unter den Wünschen der verschiedenen Arbeiterorganisationen gibt es berechnete Forderungen, die in andern Ländern schon erfüllt worden sind.

Was im Besonderen unsere Bundespolitik betrifft, so war die nicht genügend begründete Verzögerung der Volksabstimmung über die Proporzinitiative sehr bedauerlich und widersprach einer klugen politischen Verwaltung.

Es scheint uns demnach nötig:

Daß Ihre hohe Behörde und die eidgenössischen Räte unverzüglich die berechtigten Wünsche der Arbeiterklasse prüfen.

Daß die administrativen und parlamentarischen Methoden, in einer Weise verbessert werden, die es erlaubt die Wünsche der Arbeiterklasse ohne gefährliche aus dem parteipolitischen Getriebe oder der Langsamkeit der bürokratischen Verwaltung hervorgehende Verschleppung zu behandeln.

Daß ohne Verzögerung die Neuwahl der eidgenössischen Räte nach dem proportionalen Wahlverfahren vorzunehmen sei.

In dem wir Ihnen diese Kundgebung die wir der Öffentlichkeit übergeben, respektvoll unterbreiten, glauben wir an unsern bescheidenen Teil nicht nur für das Wohl der arbeitenden Klasse, sondern für dasjenige unseres ganzen Landes zu wirken, dem die schwierige Periode der Zeit nach dem Krieg neue Verantwortlichkeiten und unmittelbare Aufgaben auferlegt.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Präsident und geehrte Herren Bundesräte, den Ausdruck unserer ausgezeichneten und ergebenen Hochschätzung entgegenzunehmen. Der Präsident: G. Fulliquet; der Vizepräsident: A. de Morsier, alt Kantonsrat; der Sekretär: H. Freundler. Genf, November 1918.

Wir verlangen Wahrheit! Das Militäraufgebot wird für die große Masse unserer Bevölkerung durch das „bolschewistische Komplott“ begründet, das unsere Behörden stürzen, Zeughäuser und Banken für die schweizerischen „Sowiets“ besetzen sollte. Besonders haben sich unsere welschen Mitgenossen durch diese Gefahr, an die sie ohne weiteres geglaubt haben, aufregen lassen. Darum haben wir gefragt und fragen wieder: „Was ist's mit diesem Komplott? Wie hat es ausgesehen? Wer ist darin verwickelt? Wo sind die Beweise für seine Existenz?“

¹⁾ Daß wir mit dieser Auffassung nicht einverstanden sind, werden unsere Leser wissen. Die Red.

Es ist ganz klar, daß sowohl der Zürcher Regierungsrat als der Bundesrat uns alle diese Fragen aufs klarste und entschiedenste beantworten mußten. Sie hätten es schon lange tun müssen, schon vor dem großen Militäraufgebot. Denn es darf nicht die schweizerische Armee gegen den „innern Feind“ mobilisiert werden, ohne daß man uns genau sagt, warum. Eine solche Mobilisation bedeutet beinahe den Bürgerkrieg. Darum muß uns mit klaren und unwiderleglichen Gründen gezeigt werden, daß sie unbedingt notwendig sei. Vorausgesetzt nämlich, daß wir wirklich so etwas wie eine Demokratie sind. Wenn man uns sagt: „Wir wissen etwas und werden es Euch vielleicht nachher sagen, vorläufig aber marschieret,“ so wird damit von uns eine Gläubigkeit gegenüber unserer „Obrigkeit“ verlangt, die uns schon ein bißchen stark ins siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert zurückversetzt. Daß dies die rechte Methode zur „Rettung der Demokratie“ sei, ist schwer zu glauben. Daß unsere welschen Eidgenossen, denen die Wiederaufrichtung der Demokratie unter uns in diesen Jahren so sehr am Herzen lag und die sich damit ein klares Verdienst um die Schweiz erworben haben, sich daran nicht gestoßen haben, ist uns Andern ein Rätsel. Und ein Rätsel auch diese Gläubigkeit gegenüber einer Regierung, die in diesen Jahren allerlei getan hat, das hintenher die Billigung gerade der welschen Eidgenossen nicht im mindesten fand.

Wir erklären noch einmal: Wäre dieses Komplott Tatsache, so hätten wir das Militäraufgebot durchaus unangefochten gelassen. Aber noch immer keine Spur von einem Beweis. Lauter vages Gerede. Ein dummer Brief irgend eines der vielen verdrehten Köpfe, die es allwärts gibt, ein paar mißverständene Sätze in einem sozialistischen Blatt, ein bißchen „bolschewistisches“ Geschwätz, was kann das alles bedeuten? Mit ähnlichen Dingen könnte man von sozialistischer Seite spielend ein reaktionäres Komplott konstruieren. An Material dazu fehlte es wahrhaftig nicht. Wie oft haben z. B. die Bauern gedroht, nach Zürich oder Bern zu ziehen und dort die Arbeiter zusammenzuschlagen? Auf solche vagen Dinge hin unternimmt man keine Mobilisation der Armee, sonst kann man diese immer mobil erhalten. Daß die Sozialdemokratie die Revolution will, weiß man seit langem, aber auch, daß dies kein „Komplott“ sein und keinen Staatsstreich bedeuten muß und daß dagegen nicht mit Bajonetten aufzukommen ist. Für diese bedarf es eines besonderen Grundes.

War ein solcher da? Es ist nichts bewiesen. Wir haben unsere Nachforschungen fortgesetzt und aufs schärfste alles verfolgt, was über diese Sache Aufschluß geben könnte; auch fehlt es uns nicht an Mitteln und Gelegenheiten, solchen Dingen auf den Grund zu kommen. Das Ergebnis war immer das gleiche: Null! Nun haben wir ja deswegen doch nie behaupten wollen, daß irgend welche geheimen bolschewistischen Machinationen einfach u u m ö g =

lich seien. Wir wissen nicht alles und dem Bolschewismus ist allerlei zuzutrauen. Aber Eins steht doch ganz fest: Solche Machinationen hätten keine ernsthafte Bedeutung gehabt. Denn sie wären von einem ganz winzigen Kreis von Menschen ausgegangen. Ein solcher aber hätte niemals die Arbeiterschaft in Bewegung gebracht. Wer etwas anderes annimmt, kennt einfach unsere Arbeiterschaft nicht. Diese ist nicht eine Schafferde, die irgend einem Sprung des Leithammels besinnungslos in den Abgrund nachstürzt. Sie will selbst urteilen, sie will wissen, wenn sie handeln soll. Gegen ein solches „Komplott“, das allein möglich ist, hätten also, wie wir erklärt haben, ein paar Bataillone, in aller Stille aufgeboden, mehr als genügt. Es wäre nicht der Bürgerkrieg heraufbeschworen und der Tod so vieler Soldaten verursacht worden.

Oder sollten die Behörden, aller Denkbareit entgegen, doch mehr wissen? Dann erklären wir: Wenn sie ein solches Wissen haben und es uns nicht mitteilen, so begehen sie ein Verbrechen.

Gelegenheit, uns Aufschluß zu geben, haben sie genug gehabt. Besonders auf eine von ihnen wollen wir unsere Welschen aufmerksam machen. Der Nationalrat Gustav Müller, ein Sozialdemokrat und Oberst, hat in der Bundesversammlung an den Bundesrat ein paar wichtige Fragen gestellt. Darnach hätte die Zürcher Regierung bloß ein Regiment Soldaten verlangt, also das, was wir allfällig für berechtigt gehalten hätten, und zwar Truppen vom Zürchersee, also nicht perfid ausgelesene und schon darum Erbitterung weckende „Bolschewistenfeinde“. Aber der General Wille hätte von einem Besuch in Zürich den Eindruck bekommen, es sei mehr nötig, und er hätte, unter Androhung der Demission, die große Mobilisation durchgesetzt.

Man bedenke, was dies, wenn es den Tatsachen entspricht, bedeutet. Es bedeutet, daß der Zürcher Regierungsrat nichts von einem großen Komplott wußte, wie er ja auch in seinem offiziellen Bericht das Truppenaufgebot nicht in erster Linie mit ihm rechtfertigt. General Wille wäre es, der auf Grund der Stimmung in Zürich jene gefährvolle Maßregel veranlaßt hätte. Nun muß man wissen, in was für Kreisen dieser Mann verkehrt und woher er seine „Inspiration“ holt! Dieser Mann also, der während des Krieges die Existenz der Schweiz in so mannigfacher Weise kompromittiert hat, der wäre es, der nun zum Schluß seiner Laufbahn uns beinahe in den Bürgerkrieg gestürzt hätte! Er hätte den Generalstreik und das Sterben so vieler Soldaten auf dem Gewissen! Denn es ist absolut sicher, daß das Aufgebot von ein paar Zürcher Bataillonen keinen Landesstreik erzeugt hätte. Und ausgerechnet diesem Feldzug des Generals Wille, der ja bei Anlaß des Oberstenprozesses auch einen solchen gegen die welsche Schweiz

eingeleitet, hätte diese nun zugejubelt. Das wäre doch eine fast zu große Ironie der Geschichte!

Alles kommt nun darauf an, ob Herr Müller die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Der Bundesrat mußte auf seine sehr bestimmt formulierten Fragen sofort unzweideutige Antwort geben. Und was hat er getan? Der Bundesrat hat geschwiegen. Dies Schweigen aber bedeutet unter solchen Umständen einfach Zustimmung. Dann aber fällt das ganze „bolschewistische Komplott“, womit man unsere Bürger und Bauern in Wut versetzt hat, ins Nichts zusammen oder wird doch zu einer kleinen Nebensache.

Doch nein, der Bundesrat hat ja geantwortet! Und was denn? Er hat erklärt: „Was zwischen dem Bundesrat und dem General verhandelt worden ist, das geht Herrn Müller nichts an.“ Das geht Herrn Müller nichts an! Bei diesem Worte müssen wir einen Augenblick verweilen. Nichts könnte die Situation besser beleuchten, als dies Wort: „Es geht euch nichts an!“ Man darf ruhig sagen, daß es heute kein Parlament mehr in der Welt gibt, wo ein Vertreter der Regierung gewagt hätte, einem Volksvertreter so zu begegnen. Auch in dem Preußen vor der Revolution wäre es schwerlich möglich gewesen. Dergleichen bleibt der „ältesten Demokratie“ der Welt vorbehalten. So hat man ja freilich schon lange das Volk und die Bundesversammlung traktiert. Aber in jedem andern Parlament der Welt hätte sich bei allen Parteien sofort Protest gegen eine solche Behandlung der Volksvertretung erhoben.

Von unserer deutschschweizerischen Bundesversammlung, deren Mehrheit längst nur noch eine Gliederpuppe ist, die mit dem Kopfe nicht, wenn der Bundesrat den Faden zieht, war solches natürlich nicht zu erwarten. Aber die Welschen? Wie sollen wir es erklären, wenn sie diese schwere Beleidigung der Demokratie ohne Protest hinnehmen? Wie es erklären, wenn ihre bürgerliche Presse die so wichtigen Enthüllungen des Herrn Müller, die das ganze Problem des Militäraufgebotes in ein neues Licht setzen, einfach todschweigt? Sollte es wirklich genügen, daß man ein paar Vertreter der welschen Schweiz in die obersten Behörden wählt, damit Demokratie und Wahrheit ihr gleichgültig werden? Hieße das nicht, die Erstgeburt um ein Linsengericht verkaufen?

Wir hegen auf Grund von alledem die Befürchtung, daß wir einem großen Schwindel zum Opfer gefallen sind. Es erinnert alles ganz merkwürdig an die Art und Weise, wie in Deutschland die Kriegserklärung begründet wurde. Die Bomben, die über Nürnberg abgeworfen worden sein sollten; die vergifteten Brunnen; die auf deutsches Gebiet vorgedrungenen französischen Truppen entsprechen ungefähr dem, was man von den bolschewistischen Anschlägen vernommen hat. Vor allem aber der Gedanke, daß man einem geplanten „Ueberfall“ zuvorkommen müsse. Mit solchen Mitteln hat die deutsche Regierung bewirkt, daß ihr Volk in mächtiger

Begeisterung gegen diese gefürchteten Räuber (die „Bolschewiki“ der Entente) auszog, um nach Jahren im Abgrund der Katastrophe zu erkennen, daß es das Opfer eines Betrugés geworden sei. So könnte es geschehen, daß bei uns Viele der zum Schutze der „Ruhe und Ordnung“ Ausgezogenen eines Tages erkannten, daß sie in Wirklichkeit zum Schutze ganz anderer Dinge ausgezogen seien.

Und welcher Dinge denn?

Man hat uns von welcher Seite eingewendet, was auch die bisherige Haltung unserer Behörden gewesen sei, so sei diesmal das Volk aufgestanden und habe die Mobilisation verlangt. Ich frage: Wenn das Volk dies getan hat, warum denn? Weil die Behörden und die bürgerliche Presse ihm jenes rote Tuch des bolschewistischen Komplottes vorgehalten haben. Und dazu, sagen wir es ganz offen, aus Angst für den Geldsack und Haß des Sozialismus, alles Sozialismus, nicht bloß des leninistischen. Es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Demokratie und Gewalt, sondern um den zwischen Bourgeoisie und Sozialismus. Gut denn; nur sage man dies ehrlich.

Inzwischen hat man glücklich den Bolschewismus in der Arbeiterschaft gestärkt und uns dem Bürgerkrieg näher gebracht. Das ist's, was uns wehe tut, uns, die wir ja geschworene Feinde des Bolschewismus sind, denen aber eine reaktionäre Schweiz ein Herzeleid ist. Wir kämpfen gegen den Bolschewismus, aber nicht für die Reaktion, und nicht auf Grund der Unwahrheit!

Darum ist unsere Forderung nur dies: Wahrheit, nicht bloß leere Ausflüchte, Wahrheit!

E. Nagaz.

Eine Hetze gegen die Religiös-Sozialen ist besonders in Graubünden eine der Formen der jetzt das Land durchwütenden Reaktion. Sie trifft natürlich in erster Linie die Pfarrer. Man hält die Gelegenheit für günstig, diese Unbequemen und Unerwünschten loszuwerden. So wird denn eine Lügenflut gegen sie losgelassen, natürlich besonders durch das dafür ja vor andern geeignete Mittel: die Presse. Diese Männer, die vor kurzem in den Blättern die im letzten Hefte abgedruckte Erklärung erlassen, worin sie sich gegen alle Gewaltmethoden wenden, werden als Haupturheber des Generalstreiks und Hauptschuldige an den vielen soldatischen Opfern der Grippe hingestellt. Sie, die in ihrer dörflichen Abgeschlossenheit von den Vorgängen im Schoße der Arbeiterbewegung sehr wenig wissen, werden verdächtigt, die Haupttreiber im Oltenener Aktionskomitee gewesen zu sein. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht so traurig wäre! Denn Hand in Hand geht (genau wie anderwärts!) die Verleumdung des Privatlebens, die Bedrohung an Leib und Leben, die Gemeinheit jeder Art. Es wird systematisch versucht, sie alle von ihren Stellen zu entfernen, ja, als Unstandspflicht erklärt, daß sie von selber gehen.

Das heißt also: nur ein auf die bürgerlich-kapitalistische Ordnung der Dinge festgelegter Pfarrer darf das „Evangelium verkündigen“. Ein sauberes Evangelium, ein Evangelium des Mammons und des Mars!

Und dem schauen die Herren Kollegen und die kirchlichen Organe ruhig zu! Sie erklären sich dadurch mit diesem Treiben und der dahinter stehenden Gesinnung solidarisch. Aber was will man sagen? Wäre all das Wüten und Lügen gegen die Arbeiterschaft, das jetzt wieder durchs Land geht, möglich, wenn die Kirche ihrer Wahrheitspflicht genüge, wenn die Kirche etwas Rechtes bedeutete?

Unsere Graubündner Freunde und Andere, die in ähnlicher Lage sind, werden sich zu trösten wissen. „Selig seid ihr, wenn sie euch schmähen und verfolgen und reden lügnerisch alles Arge wieder euch.“ Aber eine Kirche, die solche Erscheinungen zeitigt, ist zum Gericht reif. L. R.

R. G. Zbinden †.

Unmittelbar vor dem Erscheinen dieses Heftes erfahren wir den nach kurzer Krankheit erfolgten Tod des bisherigen Druckers der Neuen Wege. Der Verlust dieses wackeren Mannes ist uns ein rechter Schmerz. Zehn Jahre lang haben wir mit ihm zusammengearbeitet und ihn während dieser Zeit ohne jede Ausnahme als einen durch und durch lauterer, ehrenhaften und gediegenen Charakter kennen gelernt. Es war uns eine große Erleichterung in unserem Kampfe, daß er nicht bloß als Geschäftsmann, sondern mit dem Herzen zu den Neuen Wegen stand. Denn er war Einer der Wenigen, die von einer Generation wirklicher Demokraten noch übrig geblieben waren. Es ist uns darum ein Trost, daß er, bevor er das Auge schloß, noch den Sieg des demokratischen Prinzips, der ihm besonders während dieser Kriegsjahre so sehr am Herzen lag, erleben durfte.

Wir werden diesem aufrechten, geschiedten, schlichten und gütigen Manne ein dankbares Gedächtnis bewahren. Gewisse Schwierigkeiten in der Funktion des technischen Apparates der Neuen Wege haben seine Geduld oft stark in Anspruch genommen. Aber sie hat nie versagt. Wir wußten auch, daß er von dem Druck unserer Zeitschrift keinen andern, als den geschäftlich notwendigen Nutzen ziehen wollte und daß wir uns auf sein Wort unbedingt verlassen durften. Wir sprechen den Hinterbliebenen unsere herzlichste Teilnahme aus. Gewiß wird sein Andenken ihnen ein großer Segen sein. Die Redaktion.

Redaktionelle Bemerkungen.

Die innere Einheit dieses ganzen Heftes wird der Leser wohl von selbst bemerken. Einige Wiederholungen mögen gerade dadurch entschuldigt werden, daß sie diese anschaulich machen.

Wir entbieten der Gemeinde der Neuen Wege zur Jahreswende unsere herzlichsten Segenswünsche. Sie ist nicht weniger dunkel als die letzte, wenn auch in einem andern Sinne. Unsere Freude müssen wir aus dem Glauben an das neue Werden schöpfen, das aus dieser zerfallenden Welt wachsen will. Ueber alle stürzenden Reiche der Welt steigt das Königreich Gottes auf.

Druckfehlerberichtigung. In dem Aufsatz: „Der Kampf gegen den Bolschewismus“ im letzten Heft muß es S. 569, Z. 6 von unten heißen: „als sozialistischer“, während auf Z. 5 das Wort „sozialistische“ zu streichen ist.

Redaktion: Viz. J. Matthieu, Gymnasiallehrer in Zürich; L. Ragaz, Professor in Zürich; E. Stückelberger, Pfarrer in Winterthur. — Manuskripte und auf die Redaktion bezügliche Korrespondenzen sind an Herrn Ragaz zu senden. — Druck und Expedition von R. G. Zbinden in Basel.